

Der bekannte hebräische Schriftsteller  
H. Zetlin macht in „Sapora“, New York,  
Mittheilung über während der russischen Revo-  
lution entsetzte Briefe des Raskolnikoff an seine  
Braute und Säugel. Aus den Briefen, die  
von großem literarischen Werth sind, geht  
hervor, daß er nicht, wie sie Sagen, ein  
Sohn eines einfachen Dorfbauern war, sondern  
daß sein Vater Raskolnikoff war.

des High Commissioners bloß der Befähigung der Araber diene. In anderen Fällen aber fürchten wir, daß die jüdische Politik die ganze Politik der Palästina-Declaranten geäußert haben, und unsere höchsten Bedürfnisse wegen der Unfähigkeit der Regierung zur Befähigung bekommen würden. Es wird eine grausame Lage für das jüdische Volk und die Folgen werden unübersehbar sein. Aber das wollen wir sagen: wenn es sich herausstellen sollte, daß das jüdische Volk genarrt und betrogen wurde, wenn sich die Palästina-Declaranten als leere Schale, der Verzicht von San Remo als ein bloßer Hohn und Sir Herbert Samuels Ernennung zum High Commissioner als Teil eines abgekarteten Spieles herausstellen sollte, zum Jazze, die Juden in den Glauben zu schmeicheln, daß England tatsächlich ihre politische Emanzipation als Volk, tatsächlich die nationale Wiedervereinigung der zerstreuten Ueberreste von Israel beabsichtige, wenn nichts von all dem wirklich beabsichtigt wurde; wenn dieser Betrug nur verübt wurde, um für den Augenblick der Notwendigkeiten britischer Politik zu dienen, dann wird dies, wenn es eine Gerechtigkeit auf Erden und einen Gott im Himmel gibt, nicht ungestraft bleiben. Wir sind entfernt davon, etwas dergleichen von einer britischen Regierung zu glauben, aber wir glauben, daß das jüdische Volk sich mit einer solchen Politik der Scheinverträge lassen wird. Wenn es aber doch so wäre, dann haben wir doch noch einen Trost, wenn auch jüdisches Volk dann noch einen Tag der Zerkürung mehr in seinen Reihen einfließen und wenn auch leider das jüdische Problem ungeklärt bleibt. Als Tiferweise bleibt auch jüdisches Streben und jüdische Hoffnung und jüdischer Glaube an die jüdische Zukunft unseres alten Landes. Für die Regierung und die Großmächte aber bleibt — die Judenfrage. Diese Antwort müssen wir erwarten, wenn es sich herausstellen sollte, daß die Erklärung Sir Herbert Samuels tatsächlich die Bedeutung eines Ereignisses ist, das eines der schwärzesten Beispiele politischer Unredlichkeit die je die Welt gesehen, bilden würden.

### Die Lage in Palästina

„Palästina“ vom 11. Juni bringt nochmals eine Darstellung der Ereignisse in Jaffa von einem dort wohnenden Juden. Wir halten es für richtig, diese Darstellung zur Kenntnis unserer Leser zu bringen. Sie lautet:

Die Tatsachen sind Ihnen bekannt. Sonntag den 1. Mai griffen Haufen von Arabern die Juden in verschiedenen Teilen von Jaffa an, ver wundeten und töteten sie, plünderten ihre Häuser und Läden; der britische Kommandant der Polizei weckte für einige Tage außerhalb der Stadt und die arabische Polizei verband sich mit den Plünderern, hieß sie zu Raub und Mord auf und nahm selbst teil an der Tötung von Juden. Das jüdische Einwandererheim, das in dem arabischen Stadtteil liegt, wurde von einer Abteilung arabischer Polizei angegriffen, die das Tor aufbrach und durch das Tor und von dem oberen Stockwerk eines benachbarten Hauses auf die im Hause befindlichen jüdischen Männer, Frauen und Kinder schoss; in der Stadt gab es keine Truppen; der Gouverneur telephonierte gleich bei Beginn der Unruhen um Truppen, die ersten Soldaten kamen aber erst drei Stunden später an. Montag und Dienstag gab es weitere Angriffe auf Juden in Jaffa und während des letzten Teiles der Woche wurden einige jüdische Kolonien angegriffen. Wieder nahmen in einem Fall arabische Polizisten an den Angriffen teil. Die erste offizielle Mitteilung der palästinensischen Regierung erweckte den Eindruck, als ob die Ursache der Unruhen ein Umzug bolschewistischer Juden gewesen sei und bezeichnete die Ereignisse als „Kämpfe zwischen Arabern und Juden“. Diese Unschlüssigkeit gibt ein völlig falsches Bild des Geschehenen. Es ist Tatsache, daß es einen kleinen Umzug jüdischer kommunistischer Arbeiter gab, der das rein jüdische Stadtviertel Tel Aviv durchzog und sich dann in Begleitung von Polizei dem gemischten Stadtteil zwischen Tel Aviv und Jaffa näherte; aber dieser Umzug war nicht die Ursache der Unruhen; er lieferte bloß den Arabern einen Vorwand die Ereignisse zu beginnen. Andererseits „war der Kampf zwischen Arabern und Juden“ in Wirklichkeit ein Angriff von Arabern auf Juden, die natürlich als die Angegriffenen sich wehrten, so gut sie konnten.

Nach meinen Informationen ist es klar, daß die ganze Sache im vornherein organisiert war; sie war von anwärts organisiert und finanziert und der Tag des kommunistischen Umzuges wurde mit der klaren Absicht gewählt, den Ereignissen den Charakter einer spontanen Erhebung der arabischen Bevölkerung Palästinas gegen die jüdische Einwanderung in das Land zu geben. Tatsächlich wurde seit Monaten eine Agitation betrieben um die jüdischen Einwanderer als bolschewistische Hinzuziehenden. Am 8. Mai brachte ein neu gegründetes arabisches Blatt in Beirut einen angeblichen Brief Trochys an Sir Herbert Samuels, worin der letztere erklärte, er werde seine besten bolschewistischen Juden nach Palästina, um den High Commissioner in die Lage zu versetzen, ein rein bolschewistisches Land aufzubauen. Der Brief ist bekanntlich, dieser Brief ist in der Tat

eines jüdischen Einwanderers gefunden worden, der während der Unruhen verhaftet und in eines der Spitäler von Jaffa gebracht worden sei. Am Tage der Unruhen, wenige Stunden vor ihrem Beginn wurde in Jaffa ein bolschewistischer Aufstand in arabischer Sprache verbreitet. Man sagte, die kommunistischen Juden seien für diesen Aufstand verantwortlich; die Qualität des Papiers, die Druckereien und vor allem die Sprache (arabisches und nicht jüdisches Arabisch) deuten klar auf einen ausländischen Ursprung.

Ich bin sehr enttäuscht von der Art, wie die Regierung in den Maßnahmen zum Schutze des Lebens und Eigentums und zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung unglücklich schwach gewesen. Zum Beispiel im Falle der Kolonie Rechoboth, die, wie wir wußten, in Gefahr war, angegriffen zu werden, ersuchen wir die Behörden, Truppen hinauszusenden; man sandte auch einige 25 Soldaten, die aber nur mit Stöcken bewaffnet waren. Die Folge war, daß, als die Kolonie von einer großen Woge von Arabern angegriffen wurde, die Soldaten nicht in der Lage waren und die Verteidigung der Kolonie gänzlich den Kolonisten selbst überlassen wurde. Angriffe auf Personen und Plünderung von Läden erfolgte in Jaffa noch einige Tage nach Ankunft der Soldaten, in manchen Fällen in unmittelbarer Nachbarschaft des Gouvernementsgebäudes, wo die Truppen stationiert waren. Jedem, der während der Unruhen in Jaffa war, ist es klar, daß es die Hauptrolle der Behörden war, jede Bewegung der Araber zu vermeiden. Bevor sie irgendwelche Schritte gegen die Haupttrüffelschüler unternahmen, ging die Regierung mit der Einstellung der jüdischen Einwanderung in ängstlicher Besorgnis der Wünsche der arabischen Führer vor, was nicht anders charakterisiert werden kann, denn als die Kapitulation der Regierung vor den Mächten der Unordnung. Die Folge dieser Haltung wird sein, daß die Araber in Zukunft wissen werden, es genügt für sie Gewalt anzuwenden, um die Regierung zu zwingen, alle ihre Wünsche zu erfüllen. Die Sache ist umso ernst, als die Regierung durch ihre Schwäche und ihre Weigerung, drastische Mittel anzuwenden, geradezu den Agitatoren in die Hände gearbeitet hat, die der Bevölkerung erzählt hatten, die Regierung würde nicht einschreiten, wenn man die Juden angriffe. Wie weit die Schuldschuld gemäß ihren Verbrechen gestraft werden, ist schwer vorzusagen. Es ist völlig klar, daß die Tatsache, daß die meisten der niederen Beamten Araber sind, stark gegen uns wirken muß.

Nehmen wir zum Beispiel den Fall der des Nordes befindlichen Polizisten. Als ich Jaffa verließ, waren zwei jüdische Polizisten und etwa acht oder neun arabische Polizisten wegen Mordes verdächtigt. Den arabischen Polizisten hatte man die Mummern vom Kragen genommen und hatte sie in einem verhöhlenden Räume untergebracht; die jüdischen Polizisten aber hielt man mit den Mummern am Kragen vor der Wache im Cinnana des Gouvernementsgebäudes, wo täglich hundert von Arabern Gelegenheiten hatten, sie zu sehen, sich ihre Gesichter einzuprügeln und ihre Mummern zu merken. Man kann sich vorstellen, welchen Wert nach solcher Vorbereitung die Zeugenaussagen haben werden.

Die jüdische Öffentlichkeit in Palästina kennt natürlich alle diese Tatsachen; und ich bin überzeugt, daß, wenn sie einmal zur Kenntnis des High Commissioners kommen, er sehen wird, daß Gerechtigkeit für Juden und Araber gleich gilt und daß sie nicht durch irgendwelche Erwägungen politischer Bequemlichkeit beeinflusst werden darf.

### Von der aktuellen Tätigkeit des Joint Foreign Committee.

Interview der „J. P. J.“ mit Lucien Wolf.

Der Herausgeber der „Jüdischen Presse-Zentrale Zürich“ hat während seines Aufenthaltes in London Gelegenheit gehabt mit führenden Persönlichkeiten in jüd. Angelegenheiten Rücksprache zu nehmen. Unter den Anwesenden bei den Ministern Churchill und Lloyd und Besprechungen mit den verschiedenen jüdischen Führern in London befindet sich auch von Claude Montefiore. Lord Swansington und Lionel de Rothschild empfingen. Der Generalsekretär des Joint Foreign Committee, Lucien Wolf, gewährte dem Herausgeber eine Unterredung, in der auch zahlreiche vertrauliche Fragen zur Sprache kamen. Auf die Frage, ob das Joint Foreign Committee auch die Juden des Ostens vertritt und inwiefern es sich dieser Annahme, erklärte Lucien Wolf:

Das Joint Foreign Committee prätendiert nicht, die Juden Ostens zu vertreten, es sei denn, daß es von diesen darum beauftragt wird. Wie handelt, wenn sie darum angehen. Die wichtigste Frage, mit der wir uns jetzt beschäftigen, ist die Frage der Emigration aus Osteuropa. Diese hat ihren kritischen Punkt in der Anhäufung der Flüchtlinge in Polen gefunden. Der Jüdische Nationalrat in Polen hat sich an uns gewandt, weil die poln. Regierung die Flüchtlinge mit Ausweisung droht. Wir haben uns insofern mit zwei Fragen zu beschäftigen: einmal mit der dringenden Frage der Flüchtlinge in Polen und dann mit der allgemeinen Emigration aus Osteuropa. Bez. der ersten Frage sind wir sehr aktiv vorgegangen zusammen mit der Joz, der Alliance Israélite und anderen Organisationen. Wir sind mit verschiedenen Regierungen in Unterhandlungen getreten, um einen sofortigen Abzug der Flüchtlinge zu ermöglichen. Der Verlauf dieser Verhandlungen ist günstig, aber sie nehmen natürlich Zeit in Anspruch. Wir sind ebenfalls um spezielle Palästina-Erleichterungen vorstellig gewesen. Wir haben es auf uns genommen, die notwendigen Mittel und Organisationen ausfindig zu machen um Transports, Empfang und Ueberführung der Emigranten zu sichern. Wir werden ebenfalls Schritte unternehmen, um die Flüchtlinge in der Zwischenzeit vor der Ausweisung aus Polen zu schützen. Der Jüdische Nationalrat in Warschau ist über alle unsere Schritte unterrichtet. Soweit also was die Frage betrifft.

Bez. der allgemeinen Emigrationsfrage gehen wir in Verbindung mit der Joz vor und wir haben uns angeboten, zusammen mit dem Völkerbund, dem Internationalen Arbeiterrat und dem internationalen Roten Kreuz, welche jetzt alle die Emigrationsfrage in Betracht ziehen, zusammen zu arbeiten. Die jüd. Organisationen, die sich jetzt mit dem Emigrationsproblem in ganz Europa befassen, werden am 7., 8. und 9. Juni unter den Auspizien der Joz eine Konferenz in Brüssel abhalten. Die Beratung wird sich hauptsächlich damit zu befassen haben, ein umfassendes Programm für die Kontrolle und Regulierung der jüdischen Emigration aufzustellen, das für die Bauenmöglichkeit der Emigranten sorgt. Wir werden auch auf der im August in Gen. stattfindenden Emigranten-Konferenz vertreten sein.

Sodann kam der Fall von der Sprache, worauf Wolf erklärte, daß sich das Joint Foreign Committee lebhaft mit dem Fall beschäftigt und daß der britische Oberkommissar in Budapest das Verhör Rabbi Löw verfolgt und der britischen Regierung berichtet wird. Bez. des jüdischen Tribunes in Smyrna erklärte Lucien Wolf, daß dieser während des Krieges von der türkischen Regierung mit Beschlag belegt wurde. Gerade vor dem Waffenstillstand erachteten die Juden einen diesbezüglichen Beschluß der hohen Pforte zu ihren Gunsten. Als die Griechen Smyrna besetzten, nahmen sie von den türkischen Behörden Besitz. Ignorierten den Beschluß der hohen Pforte und behaupteten, daß er nicht existiere. Die jüdische Gemeinde von Smyrna wandte sich daher an das Joint Foreign Committee und an die Alliance Israélite. Wir haben die Frage mit der griechischen Regierung diskutiert und haben entsprechende Schritte unternommen; es besteht die Hoffnung, daß die Angelegenheit demnächst in zufriedenstellender Weise erledigt wird. Wie Sie sehen, gibt es auch eine Reihe anderer Fragen, mit denen wir uns beschäftigen haben, aber ich kann darüber nicht viel sagen, weil sie höchst vertraulicher Natur sind.

Einen weiteren Punkt der gegenwärtigen Arbeit des Joint Foreign Committee bildet Artikel 129 des Vertrags von Sevres, der alle Juden, die zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrages in Palästina wohnhaft sind, zwingt, palästinensische Bürger zu werden und ihre gegenwärtige Nationalität aufzugeben. Wir haben gegen diesen Artikel protestiert, weil sich britisch-jüdische Juden in Palästina befinden, die dort zu bleiben wünschen, jedoch ihre britische Nationalität nicht aufgeben wollen. Die Alliance Israélite Universelle hat ebenfalls zugunsten der französischen Lehrer in ihren palästinensischen Schulen protestiert. Der Artikel stellt eine Verletzung des englischen Common Law und des französischen Code-Grundsatz dar, umso mehr, als er britische und französische Staatsangehörige ihrer Nationalität beraubt und in Umstände versetzt, die von jenen Gesetzen nicht vorgesehen sind. Es ist ebenfalls eine Verletzung der Palästina-Declaranten, die die Rechte und den politischen Status der britischen und französischen Juden und aller anderen Juden, die nicht Bürger von Palästina sind, garantiert.

Der Keren Hajesod als Wirtschaftsinstrument. Im Anschluß an die Vorgänge in Jaffa ist in der jüdischen Öffentlichkeit mit Recht betont worden, daß die Zeit seit dem Beschluß von San Remo bei weitem nicht genügend ausgenutzt worden ist. Noch hat das jüdische Volk wenig getan, um die unvergleichliche Chance, die ihm geboten ist, zu verwerten. Was aber hätte geschehen müssen, und auf welche Weise konnte und kann die Entwicklung am schnellsten gefördert werden? Man sagt mit Recht, daß dem Privatkapital eine außerordentliche Rolle zufalle, und man hat sich bereits gewundert, daß dieses nicht schneller zu fassen. Indessen, wer die wirtschaftliche Lage angründet, der weiß, daß es geraume Zeit dauert, bis die Lawine des Kapitals, mit kleinen Mengen beginnend, zu großen Massen sich steigert, auf ein Land herabfällt. Die Mobilisierung des Privatkapitals bedarf meist weitreichender Vorbereitungen, als das der Desentifikation im Allgemeinen. Und so darf man sich nicht wundern, wenn die jüdische Wirtschaft in Palästina im Moment noch in den ersten Stadien der Entwicklung steht. Nach Genehmigung des Mandats dürfte auch die Arbeit erscheinen und große Mittel für Verkehrsprojekte bereitstellen. Das ganz allgemein die heutige Zeit der steigenden Preise, der Kapitalknappheit, der großen Wirtschaftskrisen einem wirtschaftlichen Wiederaufbau konträr entgegenwirkt, braucht kaum betont zu werden. Viele Projekte, viele Lebenspläne, die sich auf Palästina konzentrieren, reifen erst langsam ihrem Ziele zu.

Rein modernes Kolonialland ist mit einem Schläge geworden. Überall war die Entwicklung zunächst langsam, und erst allmählich ist sie gerte sich das Tempo. Und nicht nur in Kolonialländern war die Entwicklung so, sondern ebenso in der Heimat der modernen Welt in den Hauptwirtschaftsländern Europas. Hier aber trat eine Wende in Tätigkeit, der im Aufbruch der modernen wirtschaftlichen Entwicklung eine überlegene Bedeutung auch auf dem engsten wirtschaftlichen Gebiet zukam, der Saat. Zwar der übertriebene Merkantilismus, der schließlich die Gesamtheit des Wirtschaftens nach funktionalen Ideen leiten und lenken sollte, einer Art Monarchie unterwerfen wollte, mußte zusammenbrechen. Aber die ursprüngliche Staatsfähigkeit, welche in noch primitiveren Ländern wirtschaftliche Gedanken durchdrückte, Industries einrichtete und überall mit Geldmitteln fördern eintrug, ist von unabweisbarem Wert geblieben. Sie erst hat die Privatinitiative, die alle diese Dinge dann später besser machte, angeregt und ihr die nötigen Impulse verliehen.

Sollen wir die Anwendung auf Palästina ziehen? Wir brauchen auch dort zunächst eine reichliche mit Geldmitteln versehene Initiative, welche auf wirtschaftlichem Gebiete grundlegend, anregend und fördernd vorangeht, unabhängig davon, ob Kapitalverfügbarkeit und widrige Zeiten sinkender Preise, wie bisher, dem wirtschaftlichen Aufschwung entgegenstehen, unabhängig von politischen Schwierigkeiten und Hemmnissen der Art, die den Privatmann zunächst abbremsen. Die Londoner Jahreskonferenz von 1920 hatte wohl viele Empfindungen, als sie den Keren Hajesod ins Leben rief. Wie einst die zerstückelten, von Schwierigkeiten aller Art heimgeführten Territorien Europas inmitten kriegerischer Zeitalter, inmitten rechtlicher Verwirrungen, inmitten einer überforderten Wirtschaft der Welt und bei entsetztem Privatkapital durch ihr unmittelbares Eingreifen den modernen Wirtschaftszustand vorbereiten so brauchen wir eine analoge Initiative in Palästina. Der Keren Hajesod muß die große Kraft sein, welche mit in einer widerstrebenden Welt, trotz aller Ungunst der Konjunktur, Grundtagen legt. Darum ist mit Recht das jüdische Volk zur Zahlung einer Steuer aufgerufen worden, damit wieder analog, jenen Zeiten der Grundlegung in Europa, durch Steuerleistungen ersetzt und ergänzt wird, was schwerere Zeiten einleiten noch nicht recht gelingen lassen, und was nicht unerhebliche Zeit zu seiner Vorbereitung bedarf. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß nimmermehr das Privatkapital zurückhalten braucht. Im Gegenteil, die staatsähnliche Tätigkeit des Keren Hajesod kann eben nur eine Grundlage, eine Anregung, eine Förderung sein, damit auf der von ihr geschaffenen Basis nimmermehr die private Initiative sich um so stärker entfalten kann. Erich Marx.

### Inland.

#### Lehrernachwuchs.

Am schwarzen Bretter der tschechischen Lehrerbildungsanstalt in Prag findet sich folgender Anschlag vor:

Mit Beginn des nächsten Schuljahres wird an der Lehrerbildungsanstalt ein einjähriger Militärentkurs für Absolventen der Mittelschulen errichtet.

Aufnahme in denselben finden Abiturienten, welche in diesem Jahre abgelehrt haben. Beizubringen sind: 1. Der Geburtschein, 2. ein Gesundheitszeugnis vom Bezirksarzt, daß der Bewerber für das Lehramt die Eignung besitzt, 3. das Maturitätszeugnis, 4. die Zeugnisse der oberen Klasse der Mittelschule, 5. bis 8. bei Gymnasialmaturanten, 5. bis 7. bei Abiturienten der Realschule, aus welchen ersichtlich ist,



